

PopScriptum

Schriftenreihe herausgegeben vom
[Forschungszentrum Populäre Musik](#)
der Humboldt-Universität zu Berlin

in: [PopScriptum 6 - Rockmusik in der Politik](#)

Förderung als politische Aufgabe

"Wie können wir fördern?" - diese Frage mag sich den Musikreferentinnen und -referenten der Länder und der Kommunen des öfteren stellen. Im Zuge der immer angespannteren Haushaltslage reduziert sie sich womöglich zum verzweifelten Ausruf: "Wie können wir überhaupt noch fördern?!" Sie stellt sich aber auch angesichts einer Musikszene, die in ihren Strukturen und ihrer Funktionsweise vielen Kulturbehörden nach wie vor fremd und unbekannt ist. Natürlich sprechen zahlreiche positive Beispiele für eine kreative Zusammenarbeit von Kulturpolitik und populärer Musikpraxis. Dies soll hier überhaupt nicht in Abrede gestellt werden. Diese Beispiele sollen in dieser Studie vielmehr modellhaft veranschaulichen, wie Förderung im Bereich populärer Musik möglich und denkbar ist. Dabei konnte bei der Analyse und der Ausarbeitung der Studie nur auf die Fakten und Zahlen der Jahre 1996 und 1997 zurückgegriffen werden, da aktuelleres aber auch vollständiges Material während des Erhebungszeitraumes 1998 nicht vorhanden war.

Die eingangs aufgeworfene Frage ist Ausdruck einer politischen Verantwortung gegenüber einem wesentlichen Bereich gegenwärtigen Kulturalltags. Sie stellt sich angesichts äußerst unterschiedlicher Phänomene eines breiten musikalischen Spektrums. Sie betrifft darüber hinaus aber auch die gewachsene Rolle von Kultur in der Gesellschaft überhaupt.

Populäre Musik hat sich in den letzten Jahren in der Stilvielfalt, den Aufführungsorten und der Präsentation in den Medien weiter aufgefächert. Dadurch hat sich nicht nur der kulturelle Alltag verändert, auch an ihre kulturpolitische Flankierung stellen sich dadurch immer neue Fragen.

Die Studie trägt dem in der Betrachtung von drei wesentlichen Problemfeldern Rechnung: Sie analysiert Veränderungen im Medium populärer Musik, sie beleuchtet den national wie international veränderten Hintergrund für die politische Gestaltung von kulturellen Prozessen und sie gibt, auf der Basis einer Bestandsaufnahme gegenwärtiger Förderpraktiken, Anregungen für zukünftige Fördermöglichkeiten.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet dabei die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten föderal gewachsene kulturpolitische Praxis. Sie hat in der Kulturförderung ein vielgestaltiges Bild hervorgebracht. Die "Kulturhoheit der Länder" hat dazu geführt, daß sehr unterschiedliche Akzente die Förderformen und Förderinhalte bestimmen.

In den Jahren 1996 und 1997 sind in Deutschland durch die Landesregierungen für die Förderung der freien Musikszene, d.h. für U - und E - Musik, ohne die Gelder für die Opernhäuser, Musiktheater und großen Orchester, insgesamt jedes Jahr ca. 53 Millionen Mark ausgegeben worden. Von diesen ca. 53 Millionen Mark wurden für die Förderung populärer Musik in den beiden Jahren im Durchschnitt jeweils 3,5 Millionen Mark bereitgestellt. Dies entspricht einem Anteil von weniger als 7 % im Bundesdurchschnitt. Die Berücksichtigung der Opernhäuser, Musiktheater und großen Orchester würde das Bild über die Situation der Rockmusikförderung in Deutschland noch deutlicher zuspitzen. Zum Vergleich: allein in Berlin werden nur für die Opernhäuser jährlich ca. 250 Millionen Mark Fördermittel ausgegeben.

In den einzelnen Bundesländern fallen die Quoten der Fördermittel für die populäre Musik innerhalb der freien Musikszene sehr unterschiedlich aus, von über 40 % in Hamburg bis weniger als 1 % in Thüringen. Dies ist nicht nur den unterschiedlichen Landesstrukturen, Stadt- bzw. Flächenstaat, und Aufgabenstellungen geschuldet, sondern spiegelt auch die tatsächliche Bedeutung dieser Kunstform in der Landespolitik wider.

Die Förderung populärer Musik ist als politisches Handlungsfeld ein junger und nach wie vor durchaus umstrittener Bereich. So entsteht bei Einsparungen in diesem Ressort selten ein öffentlicher Gegendruck. Führte die geplante Kürzung der Musikschulförderung in einigen Bundesländern zu Protestdemonstrationen und damit zu einer erneuten Diskussion des Themas, so kommt es bei Etateinschnitten im Rock-Bereich meist nur zu einem öffentlich kaum registrierten Murren der Betroffenen. Dieser Mangel an öffentlicher Lobby und an Präsenz der Themen in den Medien macht es schwer, auf politische Entscheidungen mit einem dem Sachverhalt angemessenen Gegendruck reagieren zu können.

Ausgehend von Veränderungen, die in den siebziger Jahren mit der Akzentsetzung auf "Soziokultur" und der Orientierung auf eine "Kultur für alle" in der Kulturpolitik der Bundesrepublik einsetzten, hat populäre Musik in den vergangenen knapp zwanzig Jahren einen (bescheidenen) Platz unter den förderwürdigen Kulturgütern erobert. Politische Aufmerksamkeit und Unterstützung erlangte sie dabei nicht allein aus dem Kulturressort, sondern auch aus der Jugendförderung, bisweilen sogar aus der Wirtschaftsförderung.

Die Etatisierung von Kultur in speziellen Haushaltstiteln stellt für eine vielgestaltiger gewordene kulturelle Praxis ein ungeklärtes Problem dar. Auch wenn auf der Basis ebendieser Etatisierung im internationalen Vergleich eine durchaus leistungsfähige Infrastruktur entstanden ist, stößt Kulturpolitik gegenwärtig mehr und mehr an selbstgezogene Grenzen.

Dies betrifft die gewachsene und verfestigte Auffassung, daß Kultur ein von den gesellschaftlichen Lebensprozessen abgehobener, separat zu verwaltender gesellschaftlicher Bereich zur Veredelung des Menschen sei, dessen Ausgestaltung sich nach den disponiblen finanziellen Mitteln zu richten habe. Doch Kultur ist nicht veredelnde Zutat menschlicher Tätigkeit, sondern die Basis derselben.

Angesichts der populären Musik fällt besonders stark auf, daß verwaltungstechnische und haushaltsrechtliche Ressortabgrenzungen nur wenig Handlungsspielraum für eine dieser Logik nicht angepaßte kulturelle Praxis zulassen. Wenn das Jugendressort sich aufgrund des Alterslimits nicht mehr zuständig fühlt, Kulturpolitik wegen kommerzieller Zusammenhänge keinen Handlungsbedarf sieht, aber Wirtschaftsförderung noch nicht greift, entstehen dunkle Flecken auf der Landkarte der kulturellen Landschaft. Grenzüberschreitungen sind also dringend notwendig, sie entsprechen dem Charakter des Sachverhalts. Sie befördern ein Bewußtsein davon, daß es in der Praxis keinen separaten Sektor für geförderte Popmusik neben dem der kommerziell gewachsenen gibt.

Es geht dabei keineswegs nur um die Inanspruchnahme begehrten Fördermittels. Der eigentlich notwendige Perspektivwechsel betrifft die veränderte Funktion von Kultur und alle daraus abzuleitenden Konsequenzen. Gerade an populärer Musik und ihrer eminenten Bedeutung im kulturellen Alltag, längst nicht nur für Jugendliche, offenbart sich die zentrale Rolle von Kultur in unserer Gesellschaft. Kultur zielt auf Sinnbestimmungen und Wertorientierungen. Diese abstrakt klingenden und doch so ursprünglichen Prozesse rühren an den Lebensnerv eines zivilisierten Zusammenlebens in der Gegenwart und der Zukunft. Sie geben den unzähligen individuellen Lebensformen eine Entwicklungsperspektive. Mit anderen Worten: Kultur ist eine Art soziales Laboratorium, in dem neue Weisen zu leben, neue Sinngebungen, Wert- und Handlungsorientierungen einer erlebnisorientierten und gegenwartsbezogenen Wahrnehmungsform erkundet werden.

Wenn Ressortgrenzen die Handlungsmöglichkeiten öffentlicher Finanzierung kanalisieren und zudem Sparzwänge denkbare Optionen drastisch einschränken, ist eine Bestandsaufnahme der gewachsenen Aktivitäten und eine Bewertung ihrer Effizienz ein notwendiger Teil der politischen Strategiebildung.

Kulturelle Prozesse entwickeln sich in einem äußerst fragilen Gleichgewicht. Auch an den Entwicklungstendenzen populärer Musik offenbart sich, in einer zugegebenermaßen sehr eigenen Form, diese Balance aus wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Veränderung, technischer Innovation und künstlerischer Mannigfaltigkeit.

Förderung wird dementsprechend die Bezugspunkte für die Inhalte und den Umfang ihres Engagements immer wieder neu finden müssen. Sie wird wirtschaftliche Aktivitäten regeln und organisieren, dazu auch einen Rahmen an infrastrukturellen Bedingungen schaffen müssen. Sie wird in Bereichen, die jenseits des direkten privatwirtschaftlichen Interesses liegen, ihre Zuständigkeit für die Realisierung dieser wichtigen Aspekte des kulturellen Lebens wahrnehmen müssen.

Interessanterweise gehen - wie unsere Befragungen ergeben haben - auch die Ideen vieler Bands in reflektierter Form mit der gegenwärtigen Situation der Förderung um. Sie sind sich beispielsweise der beschränkten Möglichkeiten öffentlicher Förderung bewußt und machen Vorschläge, die auf eine Integration von Musikwirtschaft und Sponsoren in das Fördergeschehen abzielen. Hier sind in besonderer Weise die Interessenvertretungen der Musiker, die Verbände, Initiativen und Rockbeauftragten gefragt, mögliche Interessenkonstellationen zwischen Kulturszene und Wirtschaft auszuloten, Kontakte zu knüpfen und damit letztlich neuartige Finanzierungsmodelle für künstlerische Arbeit zu finden.

Die fördernde Wirkung von Wettbewerben ist selbst für die Preisträger oft dürftig. In unserer Befragung schätzen 67% der Preisträger ein, daß sie durch den Preis in ihrer musikalischen Entwicklung nicht vorangebracht wurden. Mehr als die Hälfte aller befragten Bands meint, daß andere Formen der Unterstützung als die praktizierten für die Preisträger sinnvoller wären. Die Liste der Vorschläge reicht von der Beratung in puncto Bühnenpräsenz über die Unterstützung bei der Promotion bis zur Vermittlung von Kontakten zur Musikindustrie, zu Plattenfirmen und Medien. Dies bestätigt den Eindruck, daß viele Bands, wenn sie denn eine CD allein produziert haben, insbesondere an der Schwelle in eine größere Öffentlichkeit scheitern.

Eine Untersuchung zum derzeitigen Stand der Förderung kann in diesem Zusammenhang nur einen vorläufigen Überblick geben, kann Problemfelder benennen und Anregungen vermitteln. Aufgreifen, diskutieren und umsetzen können diese Anregungen letztlich nur die politisch, kulturell und künstlerisch in diesen Prozessen agierenden Personen und Interessenverbände selbst.